Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1874

5.3.1874 (No. 54)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 5. März.

№ 54. Vorausbezahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei. 1874.

Telegramme.

† **Berlin**, 3. März. Der „Börs.-Ztg." zufolge hat das Handelsministerium beschlossen, zur speziellen Beaufsichtigung der Bauausführungen der Privatbahnen überall Staatskommissäre zu ernennen, die vom Beginn der Bauten bis zur gänzlichen Fertigstellung alle Rechte der Oberaufsichtsbehörde geltend machen sollen.

Dasselbe Blatt hört gerüchtweise, daß die Dividende der preußischen Bank 20 Prozent betragen werde.

† **Madrid**, 2. März. Marschall Serrano war gestern Abend noch in Santander. Eine heutige Verfügung des Ministerraths setzt die Dotation des Präsidenten der Exekutivgewalt auf 2 Millionen Realen fest.

† **London**, 3. März. Der hiesige portugiesische Gesandte macht ein ihm zugegangenes Lissaboner Telegramm vom 28 Febr. bekannt, wonach das Gerücht von einer neuen portugiesischen Anleihe vollständig der Begründung entbehrt. Der Zustand des portugiesischen Staatsschatzes sei zufriedenstellend.

Deutschland.

Karlsruhe, 4. März. In der heutigen Mittwochs-Audienz haben Se. Königl. Hoheit der Großherzog unter Andern nachstehend benannte Herren des Militär- und Zivilstandes empfangen: Den Oberst Sasse, Kommandeur des Bad. Feld-Artillerie-Regiments, Korps-Artillerie, den Major Maschke vom 1. Oberschlesischen Infanterie Regiment Nr. 22, den Premierlieutenant Kaiser vom 14. Artillerie-Regiment, Divisions-Artillerie, den Premierlieutenant Frhrn. v. Stetten vom 3. Bad. Infanterie-Regiment Nr. 111, den Secondelieutenant Dumrath vom 1. Bad. Leib-Dragoner-Regiment Nr. 20, den Obersten v. Rauch, Kommandeur des 1. Bad. Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109, den Secondelieutenant Frhrn. v. Rüdt vom 6. Brandenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 52, sowie den Secondelieutenant Weidenbach von der Reserve des 3. Bad. Dragoner-Regiments Nr. 22; sodann den Oberamtmann Gönner von Neustadt, den Grafen Dürkheim aus Elsaß, den Hofexpeditor Höllischer, den Ministerialrath Lepique von hier, den Bahninspektor Kaiser von Konstanz, sowie den Oberbaurath Berkmüller. Die Audienz nahm ihren Anfang nach 10 Uhr Vormittags und währte bis 1½ Uhr Nachmittags.

* **Straßburg**, 3. März. Das „Elsäss. Journ." veröffentlicht heute eine Zuschrift des Hrn. Bischofs Räß, Abg. für Schlettstadt. Dieselbe lautet mit Hinweglassung der Eingangssätze:

Sie kennen, mein Herr, den Antrag der Abordnung von Elsaß-Lothringen, welcher den 18. Februar begründet und entwickelt werden mußte, um ein Plebiszit zu Gunsten dieser Provinz zu verlangen und auf diese Weise indirekt gegen den Frankfurter Vertrag zu protestiren. Obwohl ich persönlich dieses Mittel, am Reichstag auf den Gegenstand einzutreten, als sturmbrohend und wenig geeignet betrachtete, Milderungen für unser Land zu verlangen, das seit drei Jahren der erdrückenden Last der Diktatur unterliegt, so habe ich doch, nach äußersten Gegenvorstellungen, die Motion unterzeichnet, um mich nicht von vornherein von meinen elsässischen und lothringischen Kollegen zu trennen, wobei ich immerhin die Hoffnung bewahrte, im Laufe der Session eine günstige Gelegenheit zu finden, um den Gedanken, in Dem, was er Fragliches oder Inkorrektes hatte, zu berichtigen.

Was ich vorausgesehen hatte, traf ein. Die Katholiken, meistens ausgezeichnete Männer, erklärten uns sogleich beim Einbringen unseres Antrages, uns auf diese Bahn nicht folgen zu können.

Hr. Teutsch übernahm es, den Antrag einzubringen und ihn in öffentlicher Sitzung zu begründen. Die Sache kam auf die Tagesordnung vom 18. Februar. Hr. Teutsch betrat muthig die Rednerbühne, und mußte dreimal seine Rede beginnen, da ihm der Hr. Präsident dreimal bemerklich machte, er habe das Wort noch nicht.

Sobald der Redner auf die Sache eintrat, ließ der Präsident seine Glocke ertönen und untersagte ihm, auf die Diskussion einzutreten, indem er ihn einlud, seinen Antrag blos zu „begründen". Nach vielen Unterbrechungen, dem Gelächter und Hohn von Seiten der National-Liberalen und der sogenannten Reichspartei, wurde Hr. Teutsch immer erregter und warf endlich der Versammlung die Worte in's Gesicht: „Deutschland hat die Grenzen des Rechtes einer gebildeten Nation überschritten." Hier ging das Murren, Geschrei und die Insulten von Seiten der Kammermehrheit über das gewöhnliche Maß hinaus. Kaum vermochte der Redner fortzufahren und er schloß seine Rede inmitten eines unsäglichen Tumultes und eines Sturms von Gelächter und Zurufen.

Diesen bedauerlichen Ausgang hatte ich befürchtet und da ich von vornherein dessen Hauptgrund begriff, hatte ich vor Eröffnung der Sitzung bei dem Hrn. Präsidenten anfragen lassen, ob er mir allenfalls für eine Minute das Wort ertheilen wolle, obwohl zwei meiner Kollegen es schon verlangt hatten. Meine Absicht war, die Kammer durch eine kurze Erläuterung unserer Stellung gegenüber dem Frankfurter Vertrag zu beschwichtigen. Da mein Gesuch unmittelbar weder gewährt noch verweigert wurde, dachte ich nicht mehr daran, das Wort zu ergreifen, als in der Mitte der Rede von Hrn. Teutsch der Präsident mir durch ein Billet das verlangte Wort anbot. Da ich bejahend antwortete, mußte ich beim Besteigen der Rednerbühne einen schnellen Entschluß fassen, der auch von Seiten des Staatsrechts wie der Glaubenslehre unanfechtbar sein mußte.

Sofort wurde es still und ich konnte folgende, von der Stenographie getreulich wiedergegebene Worte vernehmbar machen: „Meine Herren, um einer mißliebigen Deutung vorzubeugen, die uns, mich und meine Glaubensgenossen berühren könnte, finde ich mich im Gewissen gedrungen, eine einfache Erklärung abzugeben: Die Elsaß-Lothringer meiner Konfession sind keineswegs gemeint, den Vertrag von Frankfurt, der zwischen zwei Großmächten abgeschlossen worden ist, in Frage zu stellen."

Weil man indessen den Frankfurter Vertrag nicht einfach als nicht vorhanden taxiren kann und ich ihn doch eben so wenig in allen seinen Konsequenzen annehmen wollte, so suchte ich, um die Diskussion und das Feld offen und frei zu erhalten, einen Mittelweg und einen Ausdruck, der bei aller Achtung vor dem Vertrag, dessen für Elsaß-Lothringen bedauerlichen Folgen hervorzuheben und zu bekämpfen und uns am Reichstag zu bleiben gestatte, damit wir unsere Rechte zu vertheidigen und unsere Beschwerden und Wünsche mit Erfolg anzubringen vermöchten. So bin ich in der christlichen und katholischen Glaubenslehre geblieben, welche uns in ihren Moralschriften, in den apostol. Konstitutionen und (sit venia) auch im Syllabus (dessen Name alle Welt, und dessen Inhalt und Werth so wenige Personen kennen) lehrt, daß nicht einem Jeden nach Belieben zusteht, regelrecht zwischen Personen, Städten und Staaten abgeschlossene Verträge zu zerreißen. Alles das beweist indessen nicht, daß die Annexion des Elsasses je meine Sympathien gehabt habe.

Da ich hoch-kanonisch und unverbrüchlich mit meinem Sprengel verbunden bin, so hätte ich, nach unsern Niederlagen, menschlich gesprochen, versucht sein können, mein Geburtsland zu verlassen, indem ich mehr als eine Art von Prüfungen voraussah, die meiner warteten. Ich habe nothwendiger Weise, aber mit Resignation das Loos der Angehörigen meines Sprengels erduldet, mit dem festen Entschluß, ihnen meine letzten Tage zu widmen, nach Maßgabe meiner Kräfte das Gute zu thun, gegen alte und neue Irrthümer anzukämpfen, unter der neuen Ordnung der Dinge mit den eingesetzten Behörden im Frieden zu leben, nie die Interessen des Himmels denen der Erde zu opfern, und Gott zu geben was Gottes ist, wie dem Kaiser was des Kaisers ist.

Ich kehre zur Hauptfrage zurück. Wenn unsere Herren Kollegen nicht von Frankreich und Deutschland die Aufhebung des Frankfurter Vertrags erlangen, so mögen sie aufhören, Gefühlspolitik zu treiben, und uns nicht länger allein wider unsere Gegner kämpfen lassen, sondern zurückkehren, um uns zu helfen, das Aufhören der Diktatur zu erlangen und die Freiheiten und Rechte zu fordern, welche uns, ohne Unbill, nicht länger verweigert werden können. Diejenigen aber, welche die Aufregung schüren und nicht aufhören, mich sowohl von den elsässischen Städten, als sogar vom Innern Frankreichs aus mit Injurien zu überschütten, mögen mir erlauben, auf dem Boden der ächten Glaubenslehre, des öffentlichen Rechtes und der gesunden Vernunft zu verbleiben; sie mögen auf ihre Sucht verzichten, für Frankreich und Deutschland neue Verwicklungen zu schaffen und dem Elsaß neue Härten zuzuziehen, so lange sie nicht über 1,200,000 Mann verfügen, um den Frankfurter Vertrag zu zerreißen.

Sie wollen, mein Herr, so gefällig sein, diesem Schreiben in den Spalten Ihres Blattes Raum zu gewähren, und den Ausdruck meiner ausgezeichneten Gefühle genehmigen. — † Andreas Räß, Bischof von Straßburg, Abgeordneter zum Reichstag.

Berlin, den 28. Februar 1874.

* **Straßburg**, 3. März. Ueber die vereinzelte Bezirkstags-Nachwahl, die am 14. bis 15. d. im hiesigen Stadtkanton West stattfinden soll, ist noch Alles sehr still. Wenn sich die gemäßigten Elemente aus ihrer Erlahmung aufzuraffen vermöchten, wäre gewiß diesmal ein tüchtiger Kandidat durchzubringen.

Die gestern Abend von einer größeren Anzahl Universitätsstudirender veranstaltete Theatervorstellung zum Besten der Stadtarmen im Saale der Réunion des arts hatte in jeder Hinsicht, vor Allem in Bezug auf eine glänzende Einnahme, vollen Erfolg. Der große Saal und dessen Gallerien waren buchstäblich von Zuschauern vollgepfropft. Zur Aufführung kam die Schicksalstragödie des Sophokles „Der rasende Ajax". Die Darsteller, sämmtlich Studirende, tragirten ihre undankbaren Rollen mit großer Sicherheit und war namentlich der Chor, etwa aus 20 Herren bestehend, in seinen Vorträgen sehr sicher und von guter Wirkung. Die zu der Tragödie geschriebene Musik von Bellermann entbehrt zwar vollständig jeder Originalität, ist sonst aber der Handlung und dem gesungenen Texte angemessen. Die musikalische Leitung nahm Hr. Privatdozent Jacobsthal mit Energie und Umsicht wahr.

Einige politische Anspielungen, die bei Aufführung der Kalisch'schen Posse: „Der gebildete Hausknecht" der Träger der Titelrolle in seinem Couplets: „So'n bisken französisch ist doch wunderschön" zu machen für gut fand, werden heute von dem „Elsäss. Journ." mit etwas zu tragischer Attitude zurückgewiesen. Aber wir sind mit ihm der Ansicht, daß derartige Späße, blos um einem Darsteller einiges Relief zu geben, hier ungeschickt angebracht sind.

Die heute Abend bekannt gewordene Selbstvertheidigung des Bischofs Räß (s. o.) wird an der durch seine Erklärung vom 18. Februar einmal festgestellten allgemeinen Lage eben so wenig ändern, als die gegen den Bischof gerichteten Kundgebungen und Adressen. Der großen Menge aber, welche schon zufrieden ist, wenn sie nur den Bischof reden hört, werden diese Zeilen über den vorhandenen Rest von Erbitterung gegen ihn vollends hinweghelfen. Daß eigentlich mit vielen Worten in des Bischofs Brief nichts gesagt ist, wird Niemand sonderlich bekümmern, er hat ja doch zur Versöhnung gesprochen. Die interessanteste Stelle der bischöflichen Auslassung scheint uns die zu sein, wo er erklärt, er werde die „Interessen des Himmels nie denen der Erde opfern und Gott geben, was Gottes, dem Kaiser was des Kaisers ist". Leere Worte, wenn je dergleichen gesprochen wurden.

†* **Straßburg**, 3. März. Die heute erschienene Nummer des „Elsäss. Journ." bringt uns eine, von so vielen Seiten ersehnte Erklärung des Bischofs Räß über die Beweggründe seines Auftretens gegenüber dem Antrag des Abg. Teutsch in der Sitzung vom 18. Februar d. J. Diese Auseinandersetzung des alten Herrn scheint die Behauptung seiner Gegner, er leide bereits an den Folgen der Altersschwäche, nicht gerade widerlegen zu sollen. Wenn er behauptet, er habe nur die Existenz eines zwischen zwei Nationen abgeschlossenen Vertrags nicht in Frage stellen wollen, dagegen sei er weit entfernt, die hieraus sich folgernden Konsequenzen anzuerkennen, so kolorirt dies in eigenthümlicher Weise „seine Glaubenstreue, seine Kenntniß des öffentlichen Rechts und seinen gesunden Verstand", die er als die Motoren zu seiner Reichstags-Erklärung in Parade aufführt. Die nebensächlichen Phrasen von der niederdrückenden Last der Diktatur, von den liebevollen Empfindungen für das verlorene Vaterland, von dem warmen Interesse für den Elsaß klingen so hirtenbriefartig, daß ihnen wohl weiter keine Rechnung getragen zu werden braucht. Fassen wir den Eindruck, den diese Erklärung zu machen geeignet ist, in wenige Worte zusammen, so müssen wir wohl sagen, daß der Hr. Abgeordnete für Schlettstadt seine Gegner damit nicht wird besänftigen können, seinen Freunden oder wenigstens allen Denjenigen, welche in seinen Worten vom 18. Februar ein mannhaftes Bekenntniß sans peur et sans reproche zu erblicken glaubten, dagegen eine arge Enttäuschung bereitet hat. Wir sind begierig, wie das sog. hiesige „Wahlkomité" — so benennt sich nämlich speziell die Vereinigung jener Franzosenfreunde, welche in Straßburgischem Republikanismus nach französischer Anleitung und Belehrung macht — sich dieser bischöflichen Rechtfertigung gegenüber verhalten wird. Noch begieriger sind wir aber eigentlich auf die Erwiederung, die von diesem Komité angeblich der bekannten Entgegnung des Geh. Raths Bluntschli in Betreff der Zitate des Hrn. Teutsch entgegengesetzt werden soll. Wir bekommen mit diesem Elaborate jedenfalls eine wesentliche Bereicherung der völkerrechtlichen Journalistik, wenn auch vielleicht nur im speziellen Interesse des „Kladderadatsch".

Schließlich lassen Sie mich noch kurz das Erstaunen schildern, welches die Straßburger Abonnenten französischer Zeitungen befiel, und deren gibt es ungefähr 9000, als der Briefbote zur gewohnten Stunde das „Journal" nicht brachte. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht, daß das napoleonische Dekret, betreffend die Beaufsichtigung ausländischer Druckerzeugnisse, nunmehr praktisch von der deutschen Verwaltung verwerthet wird, und zwar nach Ablauf der „niederdrückenden Diktaturperiode", zur Zeit des Vollgenusses des deutschen Staatsbürgerrechts. Es scheint, daß sich die Polizeiverwaltung der Lektüre dieser verschiedenen franz. Blätter mit großem Eifer und Vergnügen unterzieht, denn verschiedene Zeitungen, wie „Temps", Republique Française", „XIX. Siècle", Débats", „Monde", „Assemblé nat." ꝛc. verschwanden im Papierkorbe der Revisoren, und der tiefbetrübte Straßburger muß sich unter so bewandten Umständen darauf gefaßt machen, seine Lieblingszeitungen nur noch selten und manche vielleicht gar nicht mehr zu Gesicht zu bekommen, da die „Prussiens" gleich ganze Nummern konfisziren, während selbst die „Russen" nur die gefährlichen Artikel ausschneiden oder mit dem „göttlichen Schwarz" überdrucken.

Straßburg, 3. März. (Strßb. Z.) Der Reichstags-Abgeordnete Hr. Pfarrer Söhnlin von Neubreisach traf gestern Mittag von Schlettstadt hier ein und fuhr mit dem Schnellzug nach Berlin weiter. Hr. Lauth ist hier geblieben.

Koblenz, 28. Febr. (Kobl. Ztg.) Laut offiziöser Mittheilung steht es jetzt fest, daß gemäß der Nachlaßbestimmungen der verstorbenen Königin-Wittwe die königl. Burg Stolzenfels mit allen ihren Rechten und Pflichten dem Kaiser zugefallen ist. Demgemäß ist die künftige Verwaltung dem königl. Hofmarschall-Amt übertragen worden; es soll aber vor der Hand Alles in der bisherigen Weise fortgeführt werden, und dieses ist namentlich in Bezug auf die Abhaltung der Gottesdienste in der Schloßkapelle bestimmt worden.

Bonn, 2. März. (Rh. Bl.) Der von dem hiesigen Oberpfarrer Neu gegen die Mitbenutzung der Kirchhofs-Kapelle bei der k. Regierung in Köln erhobene Rekurs ist von dieser verworfen worden.

Weimar, 1. März. (Fr. J.) Der Landtag eröffnete gestern die Berathung des Etats. Der Referent des Finanzausschusses erkannte an, wie überaus günstig die Staatsfinanzen stehen, bemängelte aber, daß die Etatsüberschüsse nicht als Einnahmeposten figuriren und daß die direkten Steuern im Vergleich zu andern Staaten zu hoch seien. Der Finanzminister vertheidigte kurz sein bisher mit Glück eingehaltenes System. Zur Spezialberathung wurde der Einnahme-Etat nach den Anträgen des Ausschusses genehmigt. Zur Ausgabe kam nur die Erhöhung der Zivilliste, wie wir solche bereits bezeichnet, zur Berathung. Ohne das Rechtsverhältniß des frühern Abkommens über das Kammervermögen zu alteriren, wurde nach längerer Debatte die proponirte Erhöhung der Zivilliste mit allen gegen vier Stimmen genehmigt.

Braunschweig, 1. März. Nachdem gegen Herzog Wilhelm wegen der Erbschaft des Herzogs Karl von der Stadt Genf Klage erhoben ist, hat Se. Hoheit gegen genannte Stadt ebenfalls eine Anklage anstrengen lassen, doch ist, wie das „Braunschw. Tagebl." vernimmt, am 26. v. M. ein Vergleich zwischen den Parteien zu Stande gekommen.

*** **Berlin**, 3. März. Sitzung des Reichstags. Erste und zweite Berathung des von den Abgg. Gerber, Winterer und Gen. eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Aufhebung des § 10 des Gesetzes vom 30. Dezember 1871, welches die Einrichtung der Verwaltung Elsaß-Lothringens regelt.

Derselbe lautet: „Bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit ist der Oberpräsident ermächtigt, alle Maßregeln ungesäumt zu treffen, welche er zur Abwendung der Gefahr für erforderlich erachtet. Er ist insbesondere befugt, innerhalb des der Gefahr ausgesetzten Bezirks diejenigen Gewalten auszuüben, welche der § 9 des (französ.) Gesetzes vom 9. August 1849 der Militärbehörde für den Fall des Belagerungszustandes zuweist. Von den erlassenen Verfügungen ist dem Reichskanzler ohne Verzug Anzeige zu machen. Zu polizeilichen Zwecken, insbesondere auch zur Ausführung der vorbezeichneten Maßnahmen, ist der Oberpräsident berechtigt, die in Elsaß-Lothringen stehenden Truppen zu requiriren."

Zur Begründung des Antrags erhält das Wort der Antragsteller Abg. Gerber: Meine Herren! Ich beantrage die Aufhebung des § 10 des Gesetzes vom 30. Dez. 1871, und dadurch die Aufhebung der Diktatur. Bevor ich auf den Gegenstand selbst eingehe, rufe ich, wie Maria Stuart vor ihrer Unterredung mit der Königin Elisabeth, den allmächtigen Gott an, daß er den Stachel meiner Rede mildern möge. Ich vertraue dem Billigkeitssinn und der Gerechtigkeit des hohen Hauses, daß es unsere Beschwerde anhören möge. Der von uns angegriffene Art. 10 legt in die Hände des Oberpräsidenten eine Gewalt, so groß, wie sie kaum ein Monarch in Europa besitzt. Der Artikel weist dem Oberpräsidenten ein unbeschränktes Diktaturrecht, das Ermessen, ob Gefahr vorhanden, und welche Maßregeln zu treffen sind, zu. Solches Recht steht bei ihm, und wenn er dasselbe ausüben will, so muß er seine Maßregeln mit Klugheit ergreifen, er muß ein Allweiser und ein Allgütiger sein, und diese Eigenschaften muthe ich keinem Sterblichen zu. Vergegenwärtigen Sie sich die Voraussetzungen, unter denen das französische Gesetz vom Jahr 1849 erlassen worden ist; es war damals der Geist der Revolution entfesselt, und daß unter solchen Umständen für die Regierung die Nothwendigkeit entsteht, den Belagerungszustand auszusprechen, läßt sich begreifen. Aber ich bitte Sie, den Sinn und Ausdruck des französischen Gesetzes näher zu betrachten, denn es heißt darin ausdrücklich: „in nächster und äußerster Gefahr". In der reichsländischen Gesetzgebung ist es nicht die Nationalversammlung und nicht der Präsident der Republik, der eine solche Macht besitzt, sondern ein Mann — der Oberpräsident der Provinz, welcher zu entscheiden hat, ob Gefahr vorhanden ist. Er ist ein selbständiger Diktator und die Befugniß ist ihm gegeben durch Art. 10. Es ist nun natürlich, daß der Riese, der mit Riesenkraft ausgerüstet ist, seine Arme einmal ausbreiten will, um zu beweisen, daß er ein Riese sei, und deßhalb will der Diktator auch einmal seine Gewalt ausüben, damit auch der Gesetzgeber gerechtfertigt werde, der ihm diese Macht gegeben hat. Es muß aber vorausgesetzt werden, daß der Diktator sich auch einmal oder das andere Mal irren kann; er kann da Gefahr sehen, wo keine ist, seine Phantasie kann ihn Schreckbilder sehen lassen, er kann betrogen werden durch die Berichte der Polizei, und wenn auch diese nichts anderes wären als Schreck- und Trugbilder, so kann der Präsident doch darauf hin seine Maßregeln treffen. Ich meine, dies kann nur korrumpirend auf Diejenigen wirken, welche unter einer solchen Diktatur schmachten; alles Vertrauen muß dabei zu Grunde gehen. Wenn nun der Fall eintritt, daß der Oberpräsident sich geirrt hat, wie kann das gut gemacht werden? Nicht anders, als daß er dem Reichskanzler berichtet und dieser ihm per Telegramm die Absolution schickt. (Heiterkeit.)

Nun entsteht die andere Frage: wenn die Diktatur eine so zweischneidige Macht ist, wie wurde dieselbe bisher gehandhabt? Im Einzelnen dies Ihnen nachzuweisen, das überlasse ich einem meiner Kollegen. Ich will nur an zwei Beispielen nachweisen, wie Derjenige, der mit sehr großer Gewalt ausgerüstet ist, sich verleiten lassen kann, diese Gewalt zu mißbrauchen. Die Vereinsfreiheit und die persönliche Freiheit wurde auf das Empfindlichste verletzt und die Presse in einer Weise niedergedrückt, wie es in Europa noch nicht geschehen. Der Generalvikar Rapp war kein Verbrecher, er ist ausgewiesen worden und durch diese Ausweisung ist man weit hinausgegangen über das französische Gesetz. Ich kenne den Mann, ich habe an seiner Seite gelebt und gewirkt, er war ein würdiger Priester und ein Wohlthäter der Armen. Was macht man dem Manne zum Vorwurf? Es standen in Elsaß-Lothringen die Wahlen zum Reichstag in Aussicht. Wir freuten uns darüber, obwohl wir nicht nach unserm Wunsch an Deutschland gekommen sind, aber die Vereinsfreiheit in Deutschland schien uns eine gute Morgengabe, und auch Rapp freute sich darüber in seiner kindlichen Unschuld. (Heiterkeit.) Er bildete den schwachen Anfang eines Vereins und legte dieses Beginnen der Polizei offen dar. Wer Regierungen stürzen will, handelt schlauer als der Vikar handelte. Redner schildert nunmehr die von der Verwaltung gegen die Schulen ausgeführten Maßregeln als ganz besonders drückend und erörtert, wie Hr. Rapp sich dabei verhielt. Rapp wurde ausgewiesen und Rom war gerettet. (Heiterkeit.) Redner berechnet, daß in den letzten drei Jahren 50,000 Optanten aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen seien (Heiterkeit) und mit den freiwilligen Auswanderern erhalte man eine Zahl von 60,000. Dadurch könne man Sympathien nicht gewinnen. Man sei bei der Verwaltung von Elsaß-Lothringen von der Idee ausgegangen, daß man alle französischen Elemente ausmerzen müsse; es seien aber nicht blos französische Elemente verletzt worden, sondern Alle, und daraus erkläre sich die Mißstimmung im Lande. Redner geht darauf auf die Maßregeln bezüglich der Presse über und behauptet, daß das einzige Blatt, welches die Katholiken in Elsaß-Lothringen noch besaßen, das „Volksblatt", suspendirt worden sei, und zwar 14 Tage vor den Wahlen. Unter solchen Zuständen seien die letzten Wahlen vorgenommen worden und die Organe der Regierung haben für die offiziellen Kandidaten mit aller Kraft gewirkt; es erschienen in den offiziösen Blättern Artikel gegen die Klerikalen und Ultramontanen, und wir hatten kein Organ, diesen Angriffen entgegenzutreten. Was hat man damit gewonnen? Der böse Feind des Franzosenthums sollte gebannt werden, aber er ist nicht gebannt worden und heute sind die Sympathien stärker als vor 3 Jahren. Deßhalb ist Ihr Mittel ein verderbliches. (Sehr richtig! im Zentrum.) Freiheit wollen wir auch, die Knechtschaft hassen wir, und deßhalb können wir kein Herz zu einer solchen Verwaltung fassen. Geben Sie uns ein Weihnachtsgeschenk und ziehen Sie über geschehene Dinge einen Strich. Das ist, was wir hier beantragen.

Bundeskommissär Geh. Rath Herzog: Die Regierung erklärt sich gegen den Antrag und spricht durch mich den Wunsch aus, daß auch dieses Haus auf den Antrag nicht eingehen möge. Zur Begründung dieses Antrags weist der Kommissär auf die verschiedenen Vorgänge in Elsaß-Lothringen hin, welche die Aufrechterhaltung der Ausnahmestellung nothwendig erachten, die der Reichskanzler in so weit gemildert habe, als er einen Mann als Präsidenten eingesetzt, zu dessen Einsicht und Klugheit man das größte Vertrauen haben könne. Der Vorredner habe den Oberpräsidenten gleichsam als Herzog Alba hingestellt und von dessen Maßregeln gesprochen hinsichtlich der Vereine. Was aber sind das für Vereine? Der eine hat es sich zur Pflicht gemacht, Kinder aus Elsaß-Lothringen nach Frankreich zu bringen und sie dort zum Hasse gegen Deutschland zu erziehen. Sollte die Regierung etwa einer derartigen Seelenverkäuferei ruhig zusehen? Ein anderer Verein (für die Wahrung der kath. Interessen) hat es ganz offen als seine Aufgabe bezeichnet, der Regierung so viel wie möglich Schwierigkeiten zu bereiten. Der vorliegende Antrag bezweckt nichts weiter, als die Erlangung der Mittel, den Krieg gegen die Reichsregierung ungestört führen zu können. Redner verweist zunächst auf die Sprache der in den Reichslanden kolportirten franz. Zeitungen und erinnert daran, daß die vom Abg. Teutsch am 18. Febr. gehaltene Rede nur unter dem Schutze der Tribüne des Reichstags gehalten werden konnte. Eine solche Rede zeugt wahrlich nicht von dem versöhnlichen Geiste, von dem der Vorredner gesprochen hat, und bevor dieser Geist nicht vorhanden ist, ist es nicht rathsam, an der gegenwärtigen Einrichtung in irgend einer Weise zu rütteln.

Abg. Winterer entrollt ein weitläufiges Bild elsässischer und ultramontaner Schmerzen, verursacht durch Option, Schulzwang, Ausrottung der franz. Sprache aus den Schulen, Knebelung der ultramontanen Presse, Rekrutirung, Ausweisung der Jesuiten, Einführung der Ehescheidung u. s. w. und das Alles geschah und geschieht durch die gewaltthätige Faust der Diktatur, die diskretionäre Gewalt des Oberpräsidenten. Die Lage sei eine unerträgliche und auf eine Aenderung der Denkweise bei dem „so gebildeten" elsässischen Volke sei nicht zu rechnen.

Abg. v. Puttkammer rechtfertigt das Verfahren der deutschen Regierung und beantragt Verweisung des Antrags an eine Kommission.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Sachlich habe ich den Anführungen des Vorredners und meines Kommissärs nichts hinzuzufügen, ich halte es aber für meine Pflicht, in einer Angelegenheit, in der ich persönlich verantwortlich bin, auch persönlich Zeugniß abzulegen. Das unbehagliche Gefühl, welches den Minister gewöhnlich bei einer öffentlichen Kritik seiner Verwaltung beschleicht, ist heute ganz außerordentlich durch den Eindruck gemildert, welchen ich mir fortwährend dadurch zu vergegenwärtigen suche, daß diese Verhandlung hier und nicht in Versailles stattfindet (Zustimmung), daß diese Sache hier, im deutschen Reichstage, und nicht in der französischen Nationalversammlung verhandelt wird. Das hilft über manche verdrießliche Seiten der Sache hinweg. Die Thatsache erhebt mich auch, daß unsere Regierung stark genug ist, so kräftige Ausdrücke des Mißfallens ruhig mit anzuhören. Denken wir uns, daß bei einem anderen Ausfall des Krieges Theile der Rheinprovinz französisch geworden wären und die Annektirten wollten in einer Pariser Versammlung ebenso sprechen, wie die Herren hier! Wenn nicht die Majorität der Nationalversammlung, so würde doch schließlich der Präsident Buffet die Redefreiheit derselben ganz illusorisch gemacht haben. Der bedenkliche Theil der Redefreiheit würde für diese Herren erst auf den Pariser Straßen zu Tage treten. (Widerspruch. Zustimmung.) Ich erinnere Sie nur an die französischen Urtheilssprüche über die Mörder von Deutschen. Die Herren beklagen sich nur, daß wir sie in den drei Jahren nicht so glücklich gemacht haben, wie sie vorher auch nicht gewesen sind (Heiterkeit), aber gern sein möchten, und wie wir sie auch gern sähen. Der Zweck der Annexion war dies eigentlich nicht. (Heiterkeit.) Wir haben uns nicht der Hoffnung hingegeben, daß sie sofort unsere enthusiastischen Anhänger sein und uns mit Vertrauen entgegen kommen werden, wir hatten einen harten Kampf vorausgesehen. Wenn Elsaß erst 200 Jahre bei uns sein wird, so werden Sie sich überzeugen, daß Sie sich bei uns im Ganzen besser befunden haben. Ihre Ausbildung in der deutschen Sprache und Rhetorik gereicht mir zur Genugthuung, und diese Ausbildung ist nicht so zurückgeblieben, wie es nach den ersten stammelnden Versuchen der Herren bei dem Antrage Teutsch u. Gen. den Anschein hatte. (Heiterkeit.) Wir haben den Belagerungszustand nicht eingeführt, sondern wir haben ihn vermindert und unter eine verantwortliche Zivilverwaltung gebracht; ich habe nicht das Recht, so kurz und ohne Weiteres zu absolviren. Reden, wie wir sie hier gehört haben, sind in Elsaß niemals gehört worden. Wenn ich noch einen Zweifel darüber gehabt hätte, ob ich die Aufhebung der angetroffenen Bestimmungen befürworten könnte, so haben die jüngsten Wahlen, der Antrag dieser Herren auf allgemeine Abstimmung in mir jeden Funken von Zweifel beseitigt. Nachdem ich sie hier näher kennen gelernt, habe ich mir gesagt, daß ich ohne diese Bestimmungen die Verantwortlichkeit nicht tragen kann. Ich kann die Herren nur bitten, daß sie ihrerseits ihr Gefühl wenigstens in ihrem öffentlichen Auftreten etwas mildern möchten. Was Sie hier sagen, glaubt Ihnen kein Mensch. (Heiterkeit.) Wir haben ein Bollwerk gebraucht gegen die kriegerische Nachbarschaft, deren alleiniger exponirter Nachbar zu sein Deutschland das Unglück hat. Sind denn die Herren so ganz unschuldig an der 200jährigen Vergangenheit? Sie haben den Franzosen die besten Soldaten, jedenfalls die besten Unteroffiziere gestellt. Ich glaube, daß das Auftreten der Herren die Annahme des Antrags wesentlich erschwert hat, und bitte das Haus, der Regierung ein volles und festes Vertrauensvotum durch Ablehnung des Antrags zu geben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Puttkammer zieht seinen Antrag auf Ueberweisung an eine Kommission zurück, Windthorst (Meppen) tritt für den Antrag ein, worauf die Diskussion geschlossen und die Verweisung an eine Kommission abgelehnt wird. Bei der zweiten Berathung fordert Dr. Banks nochmals aber vergeblich die Verweisung an eine Kommission. Der Antrag wird definitiv mit 196 gegen 138 Stimmen verworfen, die Sitzung 4¾ Uhr geschlossen. Für den Antrag stimmen die Elsässer, Polen, Sozial-Demokraten, das Zentrum und die Fortschrittspartei.

○ **Berlin**, 3. März. Der Kaiser und König ist in Folge einer leichten Erkältung verhindert, bei der jetzigen rauhen Witterung die gewohnten Ausfahrten zu unternehmen. Auch vermeidet Höchstderselbe aus Schonungsrücksichten die Betheiligung an den Festlichkeiten, welche zu Ehren der bei Hofe anwesenden fürstlichen Gäste hier stattfinden. Wohl aber empfängt Se. Maj. Besuche und nimmt auch regelmäßig Vorträge, sowie militärische Meldungen entgegen.

Bekanntlich ist der als Antrag Preußens beim Bundesrath eingebrachte Gesetzentwurf betr. die Internirung, bezhw. die Ausweisung aus dem Amt entlassener oder wegen unbefugter Vornahme von Amtshandlungen bestrafter Kirchendiener dem Bundesraths-Ausschuß für Justizwesen zur Vorberathung überwiesen worden. Gegen diese Vorlage erheben sich mannigfache Bedenken, und zwar namentlich auch bei einem Theil des Bundesraths, wie in parlamentarischen Kreisen. Ein hiesiges Organ der Fortschrittspartei erklärt bereits unumwunden, daß diese Partei dem Entwurfe nicht zustimmen werde. Weitere Einwendungen gegen denselben kommen besonders von süddeutscher Seite. Andererseits hält die hiesige Regierung ein solches Ausnahmegesetz mit Recht für dringend nothwendig. Wie es scheint, wird dieselbe für sein Zustandebringen alle Anstrengungen machen. Offiziösen Auslassungen zufolge rechnet man hier fest darauf, daß der Bundesrath und der Reichstag im gemeinsam deutschen Interesse es als ein Bedürfniß anerkennen werden, den Auflehnungen des Klerus gegen die Staatsgesetze wirksam zu begegnen.

Oesterreichische Monarchie.

†† **Wien**, 3. März. Es ist bis auf die neueste Zeit viel von einer Denkschrift des russischen Botschafters Ignatieff in Konstantinopel über die orientalische Frage namentlich auch insofern die Rede gewesen, als dieses Schriftstück den Petersburger Konferenzen des Fürsten Gortschakoff mit dem Grafen Andrassy zu Grunde gelegt worden sein sollte. Ich höre aus einer Quelle, welche jeden Zweifel ausschließt, daß die gedachte Denkschrift gar nicht existirt.

Die konfessionelle Debatte wird nicht schon morgen, sondern erst übermorgen beginnen. Allerdings steht sie bereits auf der Tagesordnung der morgenden Sitzung, aber als letzter Gegenstand, und das Abgeordnetenhaus wird keine Neigung haben, mit schon erschöpfter Kraft in die Diskussion einzutreten. Der erste Redner gegen die Regierungsvorlage ist Graf Hohenwart und wird derselbe den Versuch machen, durch einen Antrag auf Vertagung die Entscheidung hinauszuschieben, um der im Gang befindlichen Agitation, sowie dem Zufall Raum zu lassen.

Schweiz.

Bern, 28. Febr. (Köln. Z.) Der frühere Nunzius Agnozzi, welcher, wie Ihren Lesern bekannt, vor einiger Zeit Luzern verlassen hat, weilt noch immer in der Schweiz. In Sitten, einem der Hauptlager der Ultramontanen unseres Landes, hat er Halt gemacht, und dies, so vernimmt man dort, mit der Absicht, sobald seinen Stab nicht weiter fortzusetzen. Da Msgr. Agnozzi vom Bundesrath seine Pässe zur Abreise aus der Schweiz erhalten hat, dürfte ihm für einen längeren Aufenthalt wohl dessen Erlaubniß nothwendig sein; bis jetzt ist er jedoch noch nicht darum eingekommen. Für den kürzlich wegen des Interventionsgesuches von Bar-le-Duc ausgewiesenen franz. Abbé Collet hat sich seither Graf Chaudordy, der hiesige Vertreter Frankreichs, bei dem Bundesrathe verwendet, damit ihm behufs Regelung seiner Privatangelegenheiten für einige Tage die Rückkehr nach Genf gestattet werde, welchem Gesuche entsprochen wurde. — Am 22. April nächsthin und die folgenden Tage findet Nachmittags von 2 bis 5 Uhr in Genf die öffentliche Versteigerung der Diamanten, Pretiosen und Kunstgegenstände aus der Nachlassenschaft des Herzogs Karl von Braunschweig statt. Am 17., 18., 20. und 21. April wird Alles zur Ansicht ausgestellt sein. Der Katalog zeigt im Ganzen 326 Nummern, von welchen einige mehrere Gegenstände umfassen.

Frankreich.

Paris, 2. März. (Köln. Ztg.) Die Regierung ist durch die Wahl der republikanischen Kandidaten in den Departements Vienne und Vaucluse äußerst unangenehm berührt. Sie hatte mit Sicherheit zum mindesten auf die Wahl Beauchamps gerechnet, dessen Besiegung durch Lepetit, den Adressaten des bekannten Thiers'schen Briefes, einen Triumph für Thiers darstellt. — In Bordeaux stellen die Republikaner Devilette, die Konservativen den Admiral Larrien als Kandidaten für die Deputirtenwahl auf. — Die Regierung wird in 14 Tagen einen Gesetzentwurf über die konstitutionellen Gesetze vorlegen. Laut „Français" wäre es sicher, daß der Oberst Stoffel vor ein Kriegsgericht gestellt wird.

△ **Paris**, 3. März. Offiziös wird aus Versailles gemeldet: Da Hr. Quästor Baze in einem am Samstag von dem „Figaro" veröffentlichten Artikel eine Art Herbeirufung eines Staatsstreichs zu sehen geglaubt hatte, schrieb er noch an demselben Tage darüber an den Vizepräsidenten des Ministerraths. Heute hat Hr. Baze die Quästoren versammelt, um sich bei ihnen Raths zu holen, ob nicht die Nationalversammlung auf den Artikel aufmerksam

gemacht werden sollte. Die Quästoren haben sich dahin ausgesprochen, daß die Frage vor einer Entschließung dem Präsidenten der Nationalversammlung vorzulegen sei; demgemäß hat Hr. Baze Hrn. Buffet schriftlich um eine Unterredung gebeten. Diese wird heute Vormittag stattfinden.

Die französische Akademie soll heute Nachmittag um 4 Uhr eine Sitzung halten, um zu entscheiden, ob die Rede des Hrn. Emil Ollivier in der vorgelegten Form zuzulassen, oder ob die Aufnahme-Sitzung nicht lieber zu vertagen wäre. Die letztere Lösung gilt für die wahrscheinlichere; sie soll insbesondere von den HH. Guizot, Thiers, Littré, Dufaure, Rémusat, Jules Favre, Broglie, Barbier und Legouvé befürwortet werden. Andernfalls ist die Polizeipräfektur entschlossen, die strengsten Vorsichtsmaßregeln zur Aufrechthaltung der äußeren Ordnung zu treffen und alle an das Institutsgebäude angrenzenden Straßen abzusperren.

In legitimistischen Kreisen wird das Gerücht von einer Erkrankung des Grafen Chambord für unbegründet erklärt. — Folgendes ist das vollständige Resultat der beiden Abgeordnetenwahlen vom letzten Sonntag: Vaucluse: Ledru-Rollin 31,992, v. Billiotti 28,249; Vienne: Lepetit 34,140, v. Beauchams 31,169.

** **Versailles**, 2. März. Aus der Mitte der Nationalversammlung ist der Antrag gestellt worden, diejenigen in Frankreich wohnenden Ausländer, welche in ihrer Heimath einer Militärdienstpflicht nicht unterworfen sind, zum Dienste in der französischen Armee heranzuziehen. Die Initiativkommission der Nationalversammlung beschloß, diesen Antrag in Erwägung zu ziehen.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 4. März. Eine in norddeutschen Blättern erschienene Korrespondenz aus Berlin, welche auch bereits aus der „Weserzeitung“ in ein badisches Blatt übergegangen ist, enthält scharfe Angriffe gegen die badische Regierung bezüglich der Tarifirung der Massentransporte von Kohlen und andern denselben gleichgestellten Rohprodukten. Um das Verfahren der badischen Regierung zu kennzeichnen, macht der Korrespondent von dem drastischen Bilde Anwendung, welches die badische Regierung als einen die vorüberziehenden Waaren schatzenden Raubritter darstellt. Der Artikel drückt alsdann seine Befriedigung darüber aus, daß die Reichsbehörde auf die Seitens der Württemberger erhobenen Beschwerden hin „nach gründlicher Untersuchung der Angelegenheit zu einer sehr scharfen Beurtheilung der badischen Verkehrspolitik gelangte“. Es ist überflüssig, über die Form und die Motive des Angriffs etwas Weiteres zu bemerken; die thatsächlichen Unrichtigkeiten der Darstellung ergeben sich durch eine kurze Hinweisung auf den jetzigen Stand der Angelegenheit. Die badische Regierung hat sich bezüglich der Massegüter-Transporte für den Ein-Pfennig- (Mark-Pfennig-) Tarif entschieden, bei welchem der Ersatz für die auch bei durchgehenden Zügen sich ergebenden Expeditionsleistungen in einem mäßigen Zuschlag gefunden werden muß; letzterer wird nur von denjenigen Transporten erhoben, welche die badische Bahn mit kleineren Entfernungen (20 Meilen und weniger) berühren, und mindert sich staffelförmig mit der Zunahme der Transportstrecke. Dieser sog. Staffeltarif bezweckt, wie bemerkt, nichts anderes, als der badischen Bahn denjenigen Ersatz zuzuwenden, welchen sie für ihre theilweise sehr schwierigen und kostspieligen Transportleistungen auch im Transitverkehr in Anspruch nehmen muß, wenn von einer Deckung der Anlage- und Betriebskosten überhaupt noch die Rede sein soll; es ist gar nicht beabsichtigt, einen über die Selbstkosten hinausgehenden Gewinn zu machen, und es kann daher von einer „Ausbeutung der durchlaufenden Transporte“, einer „schweren Hemmung der Verkehrsentwicklung“ gar nicht die Rede sein. — Die Reichsbehörde ist denn auch keineswegs „zu einer scharfen Beurtheilung“ dieser Maßnahme gelangt. Der deutsche Bundesrath hat überhaupt über die Beschwerde der württembergischen Interessenten noch keinen Beschluß gefaßt. Nur in den vereinigten Ausschüssen für Eisenbahnen, Post- und Telegraphen und für die Verfassung ist die Sache verhandelt und ein Antrag gestellt worden, welcher zur Zeit dem Bundesrath zur Beschlußfassung vorliegt. In diesem Stadium der Sache verbietet es sich natürlich von selbst, über den Inhalt der betreffenden Verhandlungen und Anträge Erörterungen in der Oeffentlichkeit zu pflegen; nur so viel mag bemerkt werden, daß der Bericht der vereinigten Ausschüsse, wenn er auch namentlich in formeller Beziehung gegen den Standpunkt der badischen Regierung Bedenken erhebt, die von der letzteren getroffenen Maßnahmen sachlich vollkommen zu würdigen gewußt hat.

§ Heidelberg, 3. März. Der Ausschuß der nationalliberalen Partei hat die Angehörigen derselben auf morgen Abend zu einer Versammlung in den Gartensaal der Harmonie eingeladen, in welcher die Neuwahl des Ausschusses vorgenommen werden soll und außerdem Hr. Geh. Rath Bluntschli einen Bericht über die Thätigkeit des badischen Landtags und über die deutschen Volksbildungs-Vereine erstatten wird. — Am Mittwoch der nächsten Woche findet eine außerordentliche Plenarversammlung der Mitglieder der Museumsgesellschaft statt, um über die Art der Aufbringung der Geldmittel zu berathen, welche der beschlossene Umbau des Gesellschaftsgebäudes nöthig macht. Der vom Ausschuß acceptirte Vorschlag der Finanzkommission geht dahin, unter der Voraussetzung der Ertheilung der einzuholenden Staatsgenehmigung ein 5prozentiges Anlehen von 168,000 Mark durch Ausgabe von Obligationen au porteur in Abschnitten von 1000 und von 200 Mark aufzunehmen, für welches die Gesellschaft mit ihrem gesammten Gesellschaftsvermögen, hauptsächlich mit ihren Liegenschaften, jedoch nicht mit dem Privatvermögen ihrer einzelnen Mitglieder haften, und dessen Rückzahlung im Jahr 1912 vollendet sein soll. Die oben genannte Summe wird nicht allein zu Bauzwecken verwendet, sondern damit auch der noch 28,000 fl. betragende Rest einer älteren Gesellschaftsschuld getilgt. — Im Bezug auf die bauliche Erhaltung unserer Schloßruine, für welche in der Kammer jüngsthin durch die Vertreter Heidelbergs die Unterstützung des Staats verlangt wurde, spricht die „Deutsche Bauzeitung“ die Ansicht aus, daß die finanziellen Kräfte Badens nur zu Palliativmaßregeln ausreichend sein dürften. Mit diesen sei aber wenig geholfen und die einzige Möglichkeit der Rettung liege in der wirklichen Wiederherstellung dieses herrlichen Baudenkmals. Dafür einzutreten sei Sache der deutschen Nation.

4 **Mannheim**, 3. März. Im Verlaufe von 14 Tagen war ein Haus in den Schwetzinger Gärten dahier der Schauplatz zweier schwerer Verbrechen. Zuerst ereignete sich dort der Mordversuch gegen den Architekten Manchot, der vor dem nächsten Schwurgericht abgeurtheilt werden wird. Gestern Nacht erschoß in dem gleichen Haus ein Zimmermann, 28 Jahre alt, Vater dreier Knaben, seine zu Bette liegende Ehefrau, worauf er sich von Hause entfernte, noch in einigen Wirthshäusern zechte und dann nach seiner Wohnung zurückkehrte, wo er alsbald verhaftet wurde. Wie wir hören, liegt der grausigen That Eifersucht zu Grunde, doch wird darüber die Untersuchung erst das nöthige Licht verbreiten. Man erwartet, daß diese Untersuchung so rasch gefördert werden kann, um den Fall noch vor das bevorstehende Schwurgericht bringen zu können. — Die Sammlungen für das Denkmal, welches den im Jahr 1849 standrechtlich Erschossenen errichtet werden soll, nehmen lebhaften Fortgang. Das betreffende Komité veröffentlicht fast jede Woche den Eingang ansehnlicher Beiträge. — Auf Anregung des Zweier-Klubs sind für einen hilfsbedürftigen kranken Krieger 77 fl. gesammelt worden.

= Freiburg, 3. März. Der Zuzug von Fremden in hiesige Stadt, welcher im Laufe des letzten Spätjahrs und Winters bedeutend nachgelassen hatte, nimmt bereits wieder in erfreulicher Weise von Woche zu Woche zu. Eine natürliche Folge jenes geringeren Zuganges von Fremden war ein massenhaftes Angebot von Miethwohnungen, ein bedeutendes Sinken der Miethpreise und ein Stocken in den Käufen und Verkäufen von Wohnhäusern. Auch hierin beginnt nunmehr wieder eine günstige Wendung insofern einzutreten, als die Nachfrage nach Miethwohnungen sich von Woche zu Woche mehrt und auch die Flauheit in den Liegenschaftsankäufen und -Verkäufen immer mehr schwindet. Auch die Bauthätigkeit, die einigermaßen nachgelassen hatte, wird wieder in erfreulicher Weise lebhafter und verspricht im Laufe dieses Jahres wieder in den regelmäßigen Gang zu kommen. Freilich wird sich diese Bauthätigkeit nicht bald wieder zu solchem Umfange und zu solch übermäßig hastigem Betriebe entfalten, wie dies in den Jahren 1871/72 der Fall war; allein dies ist auch keineswegs zu bedauern. Immerhin hat die eingetretene Geschäftsstockung die gute Folge gehabt, daß die Arbeiter, besonders der Baugewerbe, deren Anforderungen schließlich kaum mehr zu befriedigen waren und deren Benehmen ihren Arbeitgebern gegenüber ein übermüthiges und nahezu unerträgliches wurde, in ihren Ansprüchen und ihrem Auftreten bedeutend bescheidener und gemäßigter geworden sind. — Daß der Zuzug von Fremden auch im verflossenen Monate ein verhältnißmäßig bedeutender war, ergibt sich aus den polizeilichen An- und Abmeldungen. Darnach sind nämlich im Monat Februar hierhergezogen: a. 22 Familien mit 89 Köpfen, b. ledige Personen 449, zusammen also 538 Personen. Weggezogen sind dagegen: a. 11 Familien mit 28 Köpfen, b. ledige Personen 153, zusammen 181 Personen. Bringt man hiezu noch in Berechnung die im Laufe des Monats vorgekommenen Geburten an der Zahl 93 und die 73 Todesfälle, so beträgt der Zugang zur Bevölkerung 631, der Abgang dagegen 254 Personen, und hat sonach eine Vermehrung der Einwohnerzahl um 377 Seelen stattgefunden.

X Altbreisach, 2. März. Vor einigen Tagen ging eine merkwürdige Metamorphose vor sich: „Der Postomnibus, welcher zwischen Riegel-Endingen, Königschaffhausen, Sasbach, Jechtingen, Oberrothweil und unserer Amtsstadt den Personen- und Postverkehr vermittelt, hat sich in ein einspänniges, offenes zweisitziges Bernerwägelchen verwandelt, mit welchem zu Markt zu fahren jeder Landmann Anstand nehmen würde. Und für eine solche Equipage gibt man Omnibusbillete aus!

Vermischte Nachrichten.

H München, 3. März. Vom Sonntag den 1. d. Abends bis Montag den 2. d. Abends ist dahier an Cholera 1 Person erkrankt und 1 gestorben.

— Köln, 1. März. (Fr. J.) Der Verkauf der dem Weihbischof gepfändeten Gegenstände wurde gestern nicht abgehalten, vielmehr auf den nächsten Samstag verlegt, und soll nicht, wie anfänglich beabsichtigt, auf einem öffentlichen Platz, vielmehr in den unteren Räumen des Gürzenich stattfinden. Gestern vom Morgen früh war vor dem Hause des Weihbischofs die Straße dicht mit Menschen besetzt, welche des Anblickes, den der Transport der Möbel gewähren würde, nicht verlustig werden wollten. Sie hielten vergebens bis nach Mittag aus; desgleichen 3000 bis 4000 Neugierige auf dem Heumarkt, wo man gleichfalls glaubte, den Verkauf in Szene gehen zu sehen. Am Morgen fanden sich Plakate an den Anschlagtafeln, auf welchen der irregeleitete fromme Sinn sich in starken Ausdrücken erging.

** Braunschweig, 3. März. Der Aufsichtsrath der Braunschweigischen Bank hat die Dividende für das verflossene Geschäftsjahr auf 9 Proz. festgestellt.

Nachschrift.

† **München**, 4. März. Die „Aschaffenburg. Ztg.“ erfährt aus München, der Referent der Kommission für die Frage der Anerkennung des Hrn. Reinkens als altkatholischer Bischof bezeichne dieselbe nach dem dermaligen Stand der bayrischen Gesetzgebung als unmöglich.

†† **Bern**, 3. März. Der Regierung ist von der Regierung des Kantons Baselland die Mittheilung gemacht worden, daß den dahin geflüchteten Geistlichen aus dem Berner Jura der fernere Aufenthalt im Kanton Baselland untersagt worden ist.

† **Rom**, 3. März. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer kam der Antrag des Ministeriums wegen Verausgabung von 79 Millionen für Staatsarbeiten, welche in mehrere Budgets vertheilt werden können, zur Berathung. Die Kommission billigt den Antrag und fügt einen zweiten hinzu, dahin gehend, daß weitere 88½ Millionen zur Vollendung der Vertheidigungsarbeiten ausgeworfen werden. Kriegsminister Ricotti hält die vorgeschlagenen Arbeiten für unumgänglich nothwendig und bekämpft auch nicht den additionellen Kommissionsantrag, verlangt aber, daß derselbe bis nach beendeter Berathung des Finanzgesetzes vertagt werde. Die Mitglieder der Kommission halten die Nothwendigkeit der vorgeschlagenen Arbeiten aufrecht und nehmen die vom Minister verlangte Vertagung an. Die Kammer beschließt demgemäß und tritt in die Berathung des Gesetzentwurfs wegen Verausgabung der 79 Millionen ein.

† **Versailles**, 3. März. Die Nationalversammlung begann heute die Berathung über den durch den Steuergesetz-Entwurf vorgeschlagenen Zuschlag zur Alkoholsteuer. Ein Amendement, welches an Stelle dieses Zuschlags die Zirkulationssteuer auf Weine verdoppelt wissen wollte, war vorher verworfen. — Die Wähler der Gironde sollen zur Vornahme einer Ersatzwahl für die Nationalversammlung auf den 29. März einberufen werden.

† **Paris**, 4. März. Da Olivier verweigerte, die Stelle zum Lobe Napoleons zu unterdrücken, hat die Akademie seine Aufnahme auf unbestimmte Zeit vertagt.

† **St. Jean de Luz**, 4. März. Serrano und Topete haben Truppenverstärkung nach Santander mitgebracht. Daselbst ist von einer Uebergabe Bilbao's nichts bekannt. Es hieß, die Karlisten bombardirten Bilbao seit sechs Tagen. Moriones behauptet die vor dem Angriff auf die Karlisten eingenommenen Stellungen.

† **Stockholm**, 3. März. Zum schwedischen Gesandten in Berlin ist Oberst-Statthalter Generalmajor Baron v. Bildt, zum Legationssekretär in Wien der erste Sekretär des auswärtigen Ministeriums Kleen ernannt.

† **Konstantinopel**, 3. März. Die Regierung hat ein Vorschußgeschäft über 130,000 Pf. St., rückzahlbar in 9 Monaten und mit 5 Proz. verzinslich, abgeschlossen.

† **Nagasaki**, 3. März. Die Aufständischen sind geschlagen. Die Regierungstruppen haben Saga besetzt. Der Aufstand darf als beendet angesehen werden.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 4. März, die übrigen vom 3. März.)

Staatspapiere.

Preußen 4½% Obligation.	105⅝	Luxemburg 4% Obl. i. Fr. à 28 kr.	93
Baden 5% Obligationen	104¼	burg 4% „ i. Thlr. à 105 kr.	93
„ 4½% „	101¼	Rußland 5% Oblig. v. 1870	
„ 4% „	97½	£ à 12.	96⅞
„ 3½% Oblig. v. 1842	92¾	„ 5% dto. v. 1871	95¼
Bayern 4½% Obligat.	101¾	Schweden 4½% dto. i. Thlr.	98¼
„ 4% „	98⅛	Schweiz 4½% Bern. Sttsobl.	—
Württemberg 5% Obligation.	105¼	**N.-Amerika 6% Bonds**	
„ 4½% „	101⅛	**1882r v. 1862**	98⅝
„ 4% „	97⅝	**„ 6% dto. 1885r**	
Nassau 4% Obligationen	99⅛	**von 1865**	102
Gr. Hessen 4% Obligationen	99¾	„ 5% dto. 1904r	
Oesterreich. 5% Silberrente		(10/40r v. 1864	98⅛
Zins 4½%	66¾	3% Spanische	18⅜
„ 5% Papierrente		Volle franz. Rente	94½
Zins 4½%	62¾	1872 „	—

Aktien und Prioritäten.

Badische Bank . . .	111¾	5% Mähr. Grenzb.-Pr. i. S.	71¼
Frankf. Bankverein	83¼	5% Böhm. Westb.-Pr. i. Silb.	85¾
Deutsche Vereinsbank	95	5% Elisab. B.-Pr. i. S. 1. Em.	85
Provinzialdiskonto	87⅞	5% dto. „ 2. Em.	84¼
Darmstädter Bank	383	5% dto. steuerfr. neue	90⅛
Oesterr. Nationalbank	1020	5% dto. (Neumarkt-Ried)	92
Württemb. Vereinsbank	143½	5% Donau-Drau	67
Oesterr. Kredit-Aktien	254½	**5% Frz.-Jos.-Prior.**	91⅞
Mitt. deutsch. Kred. Bank	106⅞	5% Kronpr. Rud.-Pr. v. 67/68	86⅞
Rheinische Kreditbank	106⅝	5% Kronpr. Rudolf-Pr. v. 1869	85
Basler Bankverein	88¼	**5% östr. Nrdwstb. Pr. i. S.**	89¾
Pfälzer Bankverein	—	5% „ „ Lt. B.	71¾
Berliner Bankverein	83¼	Vorarlberger	—
Stuttgarter Bank	86⅞	5% Ung. Ostb.-Prior. i. S.	63¾
Deutsche Effektenbank	115⅛	5% Ungar. Nordostb.-Prior.	—
Oestr.-deutsche Bank	88⅝	5% Ungar.-Galiz.	70⅞
4½% bayr. Ostb. à 200 fl.	111	Ungar. Eis.-Anl.	72¼
4½% pfälz. Marbahn 500 fl.	120	5% östr. Süd-Lomb.-Pr. i. Fcs.	86⅞
4% Hess. Ludwigsbahn	139¾	**3% östr. Süd-Lomb.-Pr.**	50
3½% Oberhess. Eisnb. 350 fl.	79¾	5% österr. Staatsb.-Pr.	96⅛
5% östr. Frz. Staatsb.	335¼	3% österr. Staatsb.-Pr.	62¼
5% „ Süd-Lombard.	161⅜	3% Livorn. Pr., Lit. C, D & D/1	33⅝
5% „ Nordwestb.-A.	197¼	5% Rheinische Hypothekenbank	
5% Elisab. Eisenb. à 200 fl.	213½	Pfandbriefe	100½
5% Rud. Eisnb. 2. E. 200 fl.	167	4½% „	95¾
5% Böhm. Westb.-A. 200 fl.	225	6% Pacific Central	80¼
5% Frz. Jos. Eisenbahn	213¼	6% South Missouri	52¼

Anlehensloose und Prämienanleihen.

Bayr. 4% Prämien-Anl.	—	Oestr 4% 250-fl.-Loose v. 1854	—
Badische 4% dto.	114¼	„ 5% 500-fl.- „ v. 1860	95⅞
„ 35-fl.-Loose . .	—	„ 100-fl.-Loose von 1864	158
Braunschw. 20-Thlr.-Loose	22¾	Schwedische 10-Thlr.-Loose	16
Großh. Hessische 50-fl.-Loose	218½	Finnländer 10-Thlr.-Loose	10⅛
„ „ 25-fl.- „	—	Meininger fl. 7.	8¼
Ansbach-Gunzenhausen. Loose	15⅛	3% Oldenburger Thlr.-40-L.	—

Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pfd. St. 6%	118⅝	Holländ. 10-fl.-St. fl.	9.51—53
Paris 200 Frcs. 6%	94	Ducaten . . . „	5.31—33
Wien 100 fl. östr. W. 5%	105⅜	**20-Francs-St.** „	9.22½-23½
		Engl. Sovereigns „	11.49—51
Disconto . . . . . l. S. 3½ %		Russische Imperial „	9.38—40
Preuß. Friedrichsd'or fl.	9.54—55	Dollars in Gold „	2.25—26
Pistolen . . . „	9.37—39	Dollarcoupon . . „	—

Tendenz: lebhaft.

Berliner Börse. 4. März. Kredit 145⅜, Staatsbahn 191½, Lombarden 92½, 82r Amerikaner —, 60er Loose —, Rumänier —, Galizier —. Tendenz: fest.

Wiener Börse. 4. März. Kreditaktien 242¼, Staatsbahn —.—, Lombarden 157.—, Anglobank 150.50, Napoleonsd'or 8,90½, Tendenz: fest.

☞ **Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.**

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 5. März. 1. Quartal. 33. Abonnementsvorstellung. **Die Meistersinger von Nürnberg**, Oper in 3 Akten, von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

D.246.1. Karlsruhe.

Confirmationsscheine.

Die in Unterzeichneter geschmackvoll ausgestattet im Format des badischen evangelischen Gesangbuches zum Einlegen in dasselbe erschienenen Confirmationsscheine empfiehlt den Herren Geistlichen,

Karlsruhe, 4. März 1874,

G. Braun'sche Hofbuchhandlung.

D.224.1. Schiltach.

Offene Arztstelle.

Die hiesige Arztstelle, mit welcher ein Aversum von vorerst 600 fl. verbunden ist, das sich aber auf den Betrag von ca. 700 fl. erhöhen wird, ist auf 1. April d. Js. neu zu besetzen. Wir ersuchen zur Uebernahme derselben lustragende Herren Aerzte sich baldgefällig bei uns anmelden zu wollen und fügen vorerst, weitere briefliche Mittheilungen gerne ertheilend, folgendes bei: Die hiesige Stadtgemeinde zählt 1500 Seelen und ist die Gemeinde Lehengericht mit ca. 1000 Seelen hieher eingepfarrt. Eine halbe Stunde entfernt liegen die Gemeinden Schenkenzell und Bergzell mit ca. 1000 Einwohnern und eine Stunde entfernt die Gemeinde Kaltbrunn mit 700 Seelen. Ferner auch eine Stunde entfernt liegen die württemb. Gemeinden Aichhalden und Röthenberg mit je ca. 1200 Einwohnern, welche Orte ohne Ausnahme den hier wohnenden Arzt zu frequentiren pflegen. Nach allen Seiten führen gute Kunststraßen, in hiesiger Stadt befindet sich eine bestens eingerichtete Apotheke, mehrere Fabriken; die Bewohnerschaft der ganzen Gegend ist sehr gewerbthätig, und es ist einem tüchtigen, strebsamen, jüngern Arzte Gelegenheit geboten, sich eine angenehme und sehr einträgliche Stellung zu verschaffen.

Schiltach, den 2. März 1874.

Gemeinderath.

Roesch, Bürgermstr.

D.188.1. Donaueschingen.

Stelle für einen Schreiber.

Wir suchen für unsere Kanzlei einen gut belemmundeten Schreiber mit schöner Handschrift, welcher wenigstens die 4 untern Klassen einer Lateinschule besucht hat und nicht über 24 Jahre alt ist.

Der Gehalt beträgt 600 fl. und wird bei vorzüglicher Leistung nach einiger Zeit noch erhöht werden.

Die Bewerbungen sind unter Anschluß der Zeugnisse bis 15. März bei uns einzureichen. H 6153 a.

Fürstlich Fürstenbergische Domänenkanzlei Donaueschingen.

Decopistenstelle-Gesuch.

D.236.1. Ein junger Mensch, der die erforderliche Gymnasialbildung und eine schöne und gewandte Handschrift besitzt, sucht bei einem Bezirksamt oder Amtsgericht behufs Vorbereitung zum Aktuarsfach Stelle als Decopist. Gefl. Offerten beliebe man unter: J. D. 100 poste restante Offenburg einzusenden.

Stelle-Gesuch.

Eine Tochter aus guter Familie, in allen häuslichen Arbeiten, Kochen, Kleidermachen 2c. 2c. ausgebildet, wünscht sich bei einer bessern Familie als Stütze der Hausfrau oder einzelnen Dame zu placiren. Gefällige Offerten unter D.231 befördert die Expedition dieses Blattes. D.231.

Stelle-Gesuch.

D.201.2 Ein junger verheiratheter Mann mit guten Zeugnissen versehen sucht eine Stelle als Bureaudiener. Zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.

Commisstelle-Gesuch.

D.244. Ein junger Mann sucht auf einem Comptoir eines Waarengeschäftes eine Stelle. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Commis-Gesuch.

B. 892. 4. Für ein Colonialwaarengeschäft wird ein Commis, gewandter Verkäufer, gesucht. Schöne Handschrift wird gerne gesehen. Eintritt auf 1. März a. c. Näheres bei der Expedition dieses Bl.

D.206.2. Freiburg.

Commis-Gesuch.

In ein Spezerei-Geschäft in Freiburg wird auf Ostern ein angehender Commis mit guten Zeugnissen zu engagiren gesucht. Gefl. Offerten sind unter Chiffre A. Z. No. 30 poste restante Freiburg i. Bg. zu richten.

Gehilfe-Gesuch.

D.166.2 Für ein Rentamt wird ein Gehilfe gesucht, welcher im Rechnungswesen tüchtig ist. Landwirthschaftliche Kenntnisse, namentlich im Obst- und Weinbau, wären erwünscht.

Näheres bei der Expedition dieses Bl.

D.165. 2. Ein ganz tüchtiger

Zeichner

sucht in irgend einem Geschäfte oder auch als Zeichnen-Lehrer dauernde Stelle. Franco Offerten unter H 6152 a befördert die **Annoncen-Expedition** von **Haasenstein & Vogler** in **Mannheim.**

D.85.3. Wir sind von folgenden Hypothekar-Instituten mit dem Verkauf ihrer Pfandbriefe beauftragt, als:

der **Frankfurter Hypotheken-Bank in Frankfurt**
5% Stücke à 100, 200, 500 Thaler.

der **Süddeutschen Boden-Credit-Bank in München**
4½ und 4% Stücke à 100, 200, 500, 1000 Thaler.

der **Oesterr. Boden-Credit-Anstalt in Wien**
5% Stücke à fl. 100, 200, 300, 500, 1000 Silber.
Zinsen und Kapital zahlbar in süddeutscher Währung.

der **United States Mortgage Company in Newyork**
6% Stücke à 100, 500, 1000 Dollar.
Zinsen und Kapital zahlbar in Gold.

und können die Stücke sofort bezogen werden.

Karlsruhe und Baden-Baden.

G. Müller & Cons.

D.243. Mannheim.

Stand der Badischen Bank

am 28. Februar 1874.

Activa.	fl.	kr.	Passiva.	fl.	kr.
Gepräztes Geld	11,709,630	56	Aktien-Kapital	10,500,000	—
Staatspapiergeld und Privatbanknoten	74,227	—	Banknoten in Umlauf	23,445,000	—
Wechsel-Bestände	17,969,119	13	Diverse Creditoren	1,041,901	06
Vorschüsse gegen Unterpfand	2,711,355	—	Reservefond	657,071	22
Werthpapiere	432,984	52			
Discontirte verlooste Werthpapiere	352,474	10			
Immobilien in Mannheim und Karlsruhe	194,187	16			
Diverse Debitoren	1,678,936	53			
Effecten des Reservefond	521,057	08			
	35,643,972	28		35,643,972	28

D.200.2. Mannheim.

Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation.

Nachdem der im November v. J. zwischen der Direktion der Württembergischen Gesellschaft für Zuckerfabrikation und dem Aufsichtsrath der diesseitigen Gesellschaft über Vereinigung der beiden Gesellschaften abgeschlossene Vertrag die Genehmigung der beiderseitigen General-Versammlungen erhalten hat, setzen wir sämmtliche Aktionäre hiervon mit dem Anfügen in Kenntniß, daß der in jenem Vertrag vorgesehene Umtausch der Aktien der nunmehr aufgelösten Württembergischen Gesellschaft gegen Aktien unserer Gesellschaft darum noch nicht erfolgen kann, weil unsere Aktien der zu erwartenden Reichswährung angepaßt werden müssen. Sobald diese Umschreibung erfolgen kann, werden wir sowohl den Termin, wie die Art des Umtausches, in diesen Blättern bekannt geben.

Mannheim, den 25. Februar 1874.

Der Aufsichtsrath.

D.204.2. Karlsruhe.

Institut und Pensionat Nickles

11 Sophienstraße 11

nimmt auf Ostern Schülerinnen aller Altersklassen und jederzeit Pensionärinnen unter den günstigsten Bedingungen auf

Die Anstalt besitzt schöne, eigens für Schulzwecke erbaute, geräumige und gesunde, von Gartenanlagen mit Spiel- und Turnplatz umgebene Lokalitäten, die mit den praktischsten Einrichtungen ausgestattet sind. An derselben wirken anerkannt tüchtige Lehrkräfte, zu welchen für das neue Schuljahr noch weitere gewonnen wurden.

Nähere Auskunft hierüber wird von der Vorsteherin auf Wunsch gerne ertheilt, wie auch jederzeit von der Anstalt beliebige Einsicht genommen werden kann.

Anmeldungen werden täglich entgegengenommen.

D.196. Straßburg.

Straßburger Papierfabrik, Aktiengesellschaft in Straßburg i. E.

Der Aufsichtsrath hat die fünfte und letzte Einzahlung von zwanzig Prozent auf die Aktien der Gesellschaft beschlossen.

Diese Einzahlung ist am 31. März d. J. bei der ***Provinzial-Disconto-Gesellschaft Strassburg in Strassburg*** zu leisten, die auf den Interimsscheinen Quittung darüber ertheilen wird.

Straßburg i. E., den 28. Februar 1874.

Der Vorsitzende des Aufsichtsraths:

(89,II M) **L. Wurster.**

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft

Directe **Post-Dampfschifffahrt** zwischen

Hamburg und New-York

Westphalia, 11. März | ***Holsatia***, 25. März. | ***Cimbria***, 4. April.
Pommerania 18. März | ***Silesia***, 1. April. | ***Frisia***, 8. April.

Die mit einem * bezeichneten Dampfschiffe laufen Havre nicht an.

Passagepreise: I. Cajüte Pr. Thlr. **165**, II. Cajüte Pr. Thlr. **100**, **Zwischendeck nur Pr. Thlr. 45.**

Zwischen **Hamburg, Havana** und **New-Orleans**

Germania, 14. März.

Passagepreise: Erste Cajüte Pr. Thlr. **210**, Zwischendeck Pr. Thlr. **55.**

Zwischen **Hamburg** und **Westindien**

nach **St. Thomas, Curaçao, Maracaibo, Sabanilla, Puerto Cabello, La Guayra, Trinidad, San Juan de Puerto Rico, Cap Hayti, Port au Prince, Gonaives, Puerto Plata** und **Colon,** von wo via **Panama** Anschluß nach **allen Häfen** zwischen **Valparaiso** und **San Francisco,** sowie nach **Japan** und **China.**

Franconia, 8. März. | ***Teutonia***, 23. März. | ***Bavaria***, 8. April.

Nähere Auskunft wegen Fracht und Passage ertheilt der Schiffsmakler

August Bolten, Wm. Miller's Nachfolger,

33/34 Admiralitätsstrasse, HAMBURG.

und dessen bevollmächtigte Agenten für das Großherzogthum Baden: Herren **Walther & v. Reckow, Mich. Wirsching, Rabus & Stoll,** u. **Gebr. Bielefeld** in **Mannheim** und in **Freiburg i. Br.,** Eisenbahnstraße 26, **C. Schwarzmann** in **Kehl und Straßburg i. E.** 958. 6.

Thonwaaren-Fabrik

Adolph Jost, Karlsruhe.

Specialität für Bauverzierungen,

liefert bei billigster Berechnung schöne und solide Arbeit.

Preislisten und Musterbücher zu Diensten. D.22 5.

Internationale landwirthschaftl. Ausstellung

zu Bremen 13=21. Juni 1874.

Schluß der Anmeldungen am 1. April.

Programme und Anmeldungsformulare sind vom **Bureau der internationalen landwirthschaftlichen Ausstellung in Bremen,** das auch jede gewünschte Auskunft ertheilen wird, zu beziehen. D.217.1.

D.230.1. Lützelstein.

Holzversteigerung

in der Oberförsterei Lützelstein-Süd.

Am Freitag den 20 März 1874,
Morgens 11 Uhr,
im Kaffs Weiß zu Lützelstein

aus den Forstorten Mittelberg, Galgenbusch, Langerain, Mühlkopf, Nonnenkopf, Nonnenhang, Fallenkopf, Zellerkopf, Eschburger-Mühlkopf, Brunnkopf, Mühlgraft, Zimmerköpfel und in der Totalität:

42,17	Festmeter	Eichen-	Bau- und Nutzholz in Stämmen.
22,68	„	Buchen-	
2,32	„	Ulmen-	
2,22	„	Linden-	
85,17	„	Tannen- und Kiefern-	

Lützelstein, den 28. Februar 1874.

Der Oberförster
von Bodungen.

Architekten u. Ingenieure,

welche als Lehrer, unter günstigen Bedingungen, bei der städt. Baugewerk-Schule von **Idstein,** Provinz **Preußen,** angestellt sein wollen, werden gebeten, ihre Meldung in nächster Zeit an die Direktion der Baugew.-Schule einzusenden.

Der Antritt der Stelle ist spätestens am **1. Mai d. J.** (H. 6643) D.186. 1.

Lehrling-Gesuch.

D.137. 2. In einem Fabrikgeschäfte, verbunden mit Detail, findet nach Ostern ein Lehrling mit nöthigen Vorkenntnissen unter billigen Bedingungen Aufnahme. Kost und Wohnung im Hause.

Adresse zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.

D.132.3. Karlsruhe.

Lehrlings-Gesuch.

Ein braver junger Mann, der die nöthigen Schulkenntnisse besitzt, kann auf Ostern unter annehmbaren Bedingungen in meine **mechanische Werkstätte** in die Lehre treten.

Eduard Fackelmann,
Mechaniker,
Adlerstraße Nr. 6.

Provisionsreisender-Gesuch.

D.149.2. Gegen hohe Provision wird ein in **Karlsruhe** ansäßiger tüchtiger Agent gesucht, welcher in- und außerhalb mit Bierwirthen bereits in Verkehr steht und dieselben einigemal des Jahres zu besuchen hätte. Gefl. Offerten unter Chiffre E. J. H. befördert die Annoncen-Expedition von ***Rudolf Mosse*** in ***Stuttgart.***

Commisstelle-Gesuch.

D.150. 2. Ein junger Mann (Israelit), der gute Zeugnisse besitzt, sucht eine angehende Commisstelle.

Offerten an die Exped. dieses Blattes unter H. J. 150 erbeten.

Gesuch. D.73.3. Eine deutsche **Familie** zu **Mülhausen** im **Elsaß** sucht zum **sofortigen** Eintritt oder auf **Ostern** eine **perfekte Köchin** und ein **tüchtiges Hausmädchen.** Gute Zeugnisse werden verlangt. Gefl. Offerten sub Chiffre ***H. M. 29. Q.*** befördert die Annoncen-Expedition von ***Haasenstein & Vogler*** in ***Mülhausen i. E.***

---

4 Brückenwagen

von 150 Ctr. Tragfähigkeit sollen von der Direktion der Zuckerfabrik Waghäusel vergeben werden. D.17. 4.

Oekonomie-Verwalter.

D.128. 2. Auf ein arrendirtes Gut wird ein unverheiratheter jüngerer Verwalter gesucht, welcher schon mindestens eine ähnliche Stelle bekleidete und tüchtige praktische Ausbildung nachweisen kann. Nur beste Referenzen werden berücksichtigt. Zuschriften mit genauer Abschrift der Zeugnisse unter Chiffre O. 8. an die Expedition dieses Blattes zu richten.

D.213. Nr. 264. Rastatt.

Bekanntmachung.

Zufolge höherer Weisung ist unsere Bureauassistenten-Stelle, womit ein jährlicher Gehalt von 600 fl. verbunden ist, anderweit zu besetzen. Bewerber um diese Stelle, wobei vorzugsweise Militäranwärter berücksichtigt werden sollen, haben sich längstens bis zum **21. d. M.** schriftlich bei unterzeichneter Stelle zu melden und Militäranwärter dabei ihre Civilversorgungs- oder Civilanstellungs-Scheine beizuschließen.

Rastatt, den 1. März 1874.

Großh. Wasser- u. Straßenbau-Inspection.

J. Eisenlohr.

Verm. Bekanntmachungen.

D.222. Karlsruhe.

Das Badische Eisenbahn-Lotterie-Anlehen gegen 35-fl.-Loose vom Jahr 1845 betreffend.

Bei der heute stattgehabten Serienziehung des oben genannten Lotterie-Anlehens sind nachstehende Nummern herausgekommen, welche an der planmäßig am 31. März d. J. stattfindenden 113. Gewinnziehung Theil nehmen:

Serie-Nr. 31. 53. 81. 148. 172. 243. 275. 358. 495. 703. 711. 821. 954. 974. 1009. 1112. 1189. 1267. 1506. 1521. 1588. 1594. 1840. 1872. 1947. 1958. 2105. 2120. 2196. 2219. 2395. 2415. 2519. 2596. 2608. 2621. 2679. 2681. 2685. 2724. 2755. 2859. 2863. 3004. 3179. 3315. 3338. 3406. 3680. 3898. 3905. 3947. 4022. 4425. 4439. 4499. 4576. 4851. 5208. 5213. 5245. 5317. 5447. 5463. 5561. 5781. 5798. 5814. 5869. 5920. 5952. 5963. 6030. 6172. 6216. 6296. 6581. 6699. 7802. 7889.

Dieses wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Karlsruhe, den 28. Februar 1874.

Großh. bad. Eisenbahn-Schulden-Tilgungs-Kasse.

Helm.

D.139.2. Mannheim.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Vergebung, von Hochbauarbeiten.

Zu den Dienstgebäuden im Centralgüterbahnhof auf der Mühlau sollen höherem Auftrag zufolge nachstehende Arbeiten im Submissionswege vergeben werden:

A. Zum Güterexpeditions-Gebäude Zimmermanns-, Schreiner-, Glaser-, Schlosser-, Blechner-, Schieferdecker-, Pflästerer-, Anstreicher- und Tapezier-Arbeit; ferner die Blitzableitungen und Lieferung von Guß- und Walz-Eisen, sowie von Thonwaaren, veranschlagt zu . . . . . 65,680 fl. 17 kr.

B. den Bedarf an den genannten Arbeiten für das Zollverwaltungsgebäude, veranschlagt zu . . 37,461 fl. 32 kr.

Gesammtsumme 103,141 fl. 49 kr.

Pläne, Werkzeichnungen und die zu den Angeboten zu benützenden detaillirten Arbeitsverzeichnisse sind im Geschäftszimmer der unterzeichneten Stelle im neuen Schleußenhause nächst dem Ludwigsbad auf der Mühlau täglich bis zum 14. März d. J., Morgens 11 Uhr, zu welcher Stunde die Submissionseröffnung stattfindet, aufgelegt.

Die in Einzelpreisen ausgedrückten Angebote wollen versiegelt und portofrei vor diesem Termin in genanntem Bureau eingereicht werden.

Mannheim, den 25. Februar 1874.

Hochbau-Abtheilung
der Großh. Eisenbau-Bauinspektion.

F. Gerstner.

D.221. Karlsruhe.

Heu und Oehmt

etwa 150 Centner sind durch unterzeichnete Stelle zu verkaufen.

Großh. Garten-Direktion.

Mayer.

D.199.1. Tauberbischofsheim.

Peräquationsgehilfe,

ein gewandter I. Klasse und ein II. Klasse findet gegen einen jährlichen Gehalt von 500—700 fl. sofort dauernde Beschäftigung **Steuerperäquator Behr** in Tauberbischofsheim.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)